



LANDTAG
NIEDERSACHSEN

**Vortragsveranstaltung mit der
AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU GÖTTINGEN**

23. Oktober 2018

Begrüßung

Petra Emmerich-Kopatsch, Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages

Grußwort

Prof. Dr. Andreas Gardt, Präsident der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen

Vortrag

„Ist die Anziehungskraft der EU in Gefahr?“

Prof. Dr. Renate Ohr

Aussprache

Schlusswort

Petra Emmerich-Kopatsch, Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages

Begrüßung

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, ich heiße Sie sehr herzlich in unserem ehemaligen Interimsplenarsaal willkommen. Besonders begrüßen möchte ich Herrn Professor Dr. Gardt, Frau Professorin Dr. Ohr, die anwesenden Mitglieder der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, die anwesenden Mitglieder des Präsidiums sowie die anwesenden Damen und Herren Abgeordneten. Außerdem begrüße ich die Staatssekretärin Frau Nordmann sowie Herrn Pohlmann in Vertretung für Frau Staatssekretärin Kremer. Schließlich begrüße ich Frau Beyer als Mitglied des Staatsgerichtshofes, Frau Sachs als Landeswahlleiterin, zahlreiche Vertreter der Bundeswehr sowie der Kirchen und Glaubensgemeinschaften und Frau Wontorra als Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen. Ich begrüße Sie sehr herzlich zu der alljährlichen Vortragsveranstaltung mit der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen und darf Ihnen zunächst die besten Grüße und Wünsche von Frau Landtagspräsidentin Dr. Andretta übermitteln. Sie bedauert außerordentlich, heute nicht persönlich dabei sein zu können.

Sehr verehrte Mitglieder der Akademie, Sie haben erneut die Reise von Göttingen nach Hannover auf sich genommen, um den guten Brauch unseres „Jour fixe“ zu pflegen. Seit ihrer Gründung im Jahr 1751 steht die Akademie der Wissenschaften zu Göttingen an der Seite der 14 Jahre zuvor während der Personalunion zwischen Großbritannien und Hannover ins Leben gerufenen Georgia Augusta. Der Stifter der Akademie, König Georg II., hatte sie als „Königliche Societät der Wissenschaften“ gegründet. Sie ermöglichte den Professoren in enger Anlehnung an die Universität, zugleich lehrend und forschend tätig zu sein. Es entstand ein Ort, an dem auf höchstem wissenschaftlichen Niveau Interdisziplinarität bis heute praktiziert wird. Bereits in den frühen 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts haben sich die Mitglieder der Akademie und die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages zu einem Gedankenaustausch zwischen Wissenschaft und Politik zusammengefunden. An diese Tradition konnte mit Beginn der 90er-Jahre wieder erfolgreich angeknüpft werden. Seitdem ist es erfreulicherweise ohne Unterbrechungen gelungen, jedes Jahr erneut hier im Landtag zusammenzukommen. Das zeugt von Wertschätzung und dem gegenseitigen Interesse, miteinander im Gespräch zu bleiben. Jede neuerliche Begegnung mit den Mitgliedern der Göttinger Akademie bestätigt, dass sie einerseits unsere humanistische Bildungstradition wahrt und sie andererseits mit den gegenwärtigen Herausforderungen verbindet. Der Blick ist - im Wissen um die Historie - nach vorn gerichtet, und wir Niedersachsen können auf „unsere“ Akademie stolz sein! Die Akademie der Wissenschaften zu Göttingen - sie ist die zweitälteste der wissenschaftlichen Akademien in Deutschland - ist für unser Land einzigartig. Sie verfügt über unvergleichliche wissenschaftliche Kompetenz und ist weit über die Grenzen hinaus auch international in höchstem Maße anerkannt. Dazu sei beispielhaft angemerkt, dass zurzeit 20 Langzeitprojekte von nationalem und internationalem Rang von der Göttinger Akademie betreut werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, welch' ein Schatz des Wissens ist in der Akademie konzentriert! Wir Politikerinnen und Politiker können uns glücklich schätzen, im Dialog mit Ihnen, sehr verehrte Akademiemitglieder, Anregungen und Antworten auf die komplexen Fragestellungen unserer heutigen Gesellschaft zu erhalten, und das in der gesamten fachlichen Breite. Bei unserem alljährlichen Zusammentreffen steht immer ein Mitglied der Akademie - sei es aus der Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlichen oder aus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Klasse - mit einem Vortrag über ein Thema aus seinem jeweiligen Fachbereich im Mittelpunkt. Lässt man die hier gehaltenen Vorträge Revue passieren,

so wird man feststellen, dass die thematische Bandbreite dem universalen wissenschaftlichen Anspruch der Akademie entspricht.

Auch in der jetzt laufenden 18. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages, die vor nunmehr fast genau einem Jahr ihren Anfang nahm, wurde die gute Tradition der Begegnung zwischen Wissenschaft und Politik mit einem Vortrag Ihres Vizepräsidenten, Herrn Professor Laut, fortgeschrieben: Er referierte im letzten November eindrucksvoll über „Die Türkei: Geschichte, Gegenwart und Perspektiven“ und damit zu einem Thema, das brandaktuell war und es bis heute ist. Die lebhafteste Aussprache hat seinerzeit gezeigt, wie sehr die Menschen die Entwicklungen in der Türkei mit ihren Auswirkungen beschäftigen. Auch der gleich zu erwartende Vortrag wird uns sicher in seiner Aktualität in den Bann ziehen und zu einer regen Beteiligung an der Aussprache führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich besonders, dass in diesem Jahr der Akademievortrag von einer Frau gehalten wird: von Frau Professorin Renate Ohr. Das ist - soweit ich es überblicke - bisher nur einmal vorgekommen: Im November 2001 hat das Akademiemitglied Frau Professorin Erika Fischer-Lichte zu dem Thema „Politik als Inszenierung“ gesprochen. Einige Akademiemitglieder mögen sich daran vielleicht erinnern. Frau Professorin Ohr, deren Vita uns gleich noch von Herrn Professor Gardt, dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, vorgestellt wird, wird zu dem Thema „Ist die Anziehungskraft der EU in Gefahr?“ vortragen. Im Jahr 2008 hat uns Herr Professor Starck, seinerzeit Akademiepräsident und lange Jahre Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes, Europa aus juristischer Sicht nahegebracht: „Niedersachsen in Europa - Wer setzt das Recht, wer führt es aus und spricht Recht?“ - so lautete damals der Vortragstitel im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Niedersachsen in Europa“. Heute nun dürfen wir mit Frau Professorin Ohr aus volkswirtschaftlicher Perspektive einen Blick auf Europa werfen.

In diesen zwischen den Vorträgen liegenden 10 Jahren haben sich die Parameter in der Europäischen Union und darüber hinaus weltweit entscheidend gewandelt. Einerseits scheinen wir enger zusammengewachsen zu sein, andererseits beobachten wir mit Schrecken, wie und wo sich Gräben auftun. Viele schauen sorgenvoll in die Zukunft und fragen sich, wohin der Weg uns führen wird. Haben wir doch aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt, dass ein dauerhafter Frieden in Europa nur mit einem engen Zusammenwirken der Einzelstaaten auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte möglich ist. Angesichts aktueller Entwicklungen, wie dem nahenden Brexit, den rechtspopulistischen und zum Teil europafeindlichen Strömungen in vielen Ländern oder den Streitereien in der EU um den Umgang mit der Zuwanderungsfrage, wird mittlerweile immer öfter auch vor einem drohenden Auseinanderbrechen der EU gewarnt. Vor diesem Hintergrund wird es in dem Vortrag von Frau Professorin Ohr um die Fragen gehen, was den Wert der Mitgliedschaft in der EU bestimmt, ob die Vorteile der EU ungleich verteilt sind, warum statt der gewünschten Konvergenz vielfach Divergenz entstanden ist, warum separatistische Tendenzen zunehmen und wie weitere Rückschritte im Integrationsprozess aufgehalten werden können. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass das Wohl und Wehe der EU immer auch Auswirkungen auf unser Bundesland Niedersachsen und in der Folge unmittelbar auf die Bürgerinnen und Bürger hat. Wir dürfen uns also auf einen spannenden Vortrag freuen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf jetzt aber zunächst den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Herrn Prof. Gardt, um sein Wort bitten, bevor Frau Professorin Ohr dann referieren wird. Eine Aussprache schließt sich dem Vortrag an.

Grußwort

Prof. Dr. Andreas Gardt: Frau Vizepräsidentin Emmerich-Kopatsch, meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, Ihnen die Grüße der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen zu überbringen, und danke für die Einladung in den Niedersächsischen Landtag. Wir verstehen diese jährliche Einladung als Ausdruck der Verbundenheit der Mitglieder des Landtages mit ihrer Landesakademie. Unsere Akademie wurde 1751 von Georg II, König von Großbritannien und Kurfürst von Hannover, als Forschungseinrichtung gegründet. Eine Forschungseinrichtung ist die Akademie nach wie vor. Ihre ordentlichen Mitglieder der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen und der Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlichen Klasse kommen regelmäßig zum wissenschaftlichen Austausch zusammen. Daneben betreibt die Akademie zahlreiche Forschungsprojekte - einige von ihnen haben Sie erwähnt, Frau Vizepräsidentin - zumeist historischer Natur, von der Sammlung mittelalterlicher Papsturkunden über die Dokumentation der Inschriften eines ägyptischen Tempels bis zu großen Wörterbüchern der deutschen und anderer Sprachen. Zugleich werden in unseren Forschungskommissionen auch aktuelle Fragen diskutiert, sei es der demographische Wandel, seien es Kennzeichen des Informationszeitalters.

Zu den aktuellen Themen gehört auch die Beschäftigung mit dem Themenkomplex Europa. Erst am vergangenen Samstag haben wir dazu in Göttingen eine Tagung durchgeführt „Deutschland und Europa - Selbst- und Fremdbilder“. Das war die zweite Tagung einer Reihe, die die British Academy 2016 in London begonnen hat, unter der Fragestellung: „European Union and Disunion: What has held Europeans together and what is dividing them?“ Es geht also um Fragen europäischer Identität, veranlasst durch den drohenden Brexit, aber keinesfalls auf das Thema Brexit beschränkt. In der nächsten Zeit werden mehrere europäische Nationalakademien thematisch ähnlich gelagerte Tagungen durchführen, für Deutschland hatte diese Aufgabe die Göttinger Akademie übernommen, nicht zuletzt aufgrund der historischen Verbindung zwischen dem Haus Hannover und Großbritannien. Auf unserer Tagung hat Ministerpräsident Stephan Weil einen Vortrag unter dem Titel gehalten: „Ein Kontinent im Zeichen der Zuwanderung: Wie können Europa und Deutschland die Einheit in Vielfalt stärken?“ Drei zentrale Fragen stellte er: Wie viel Einheit wollen wir? Welche Werte verbinden uns? Welche Kompromissbereitschaft haben wir? - In ruhigeren Zeiten könnte man entspannter über solche Fragen reflektieren, aber jetzt sind sie so drängend geworden, dass ihre weitere Nicht-Lösung ein Gift ist, das sich im Körper der EU ausbreitet, so der Ministerpräsident.

Ganz offensichtlich ist Europa substantiell gefährdet. Wenn man dagegen Reden von Politikern zum Thema Europa aus den 1990er-Jahren betrachtet, dann klingt das ganz anders. In Helmut Kohls Reden zu Europa tritt eine Begrifflichkeit der „Solidität“, der „Festigkeit“, des „Gewachsenen“, des „Gesicherten“ auf. So spricht er von der „fast 2000-jährigen Tradition Europas“, von den „gemeinsamen philosophischen Wurzeln“, von dem „gemeinsamen kulturellen Erbe“, von den „Grundlagen einer gemeinsamen Werteordnung“, vom „zeitlos gültigen Wertesystem“, vom „Unauflöslchen Europas“. Schon die Gebäudemetaphorik ist auffallend: Europa als „Haus“, wie in Adenauers Zeiten, Europa wird „gebaut“, es besitzt „Fundamente“, es ist geprägt von „Stabilität“. Dabei suggeriert die Rede von Tradition und vom Erbe einerseits Geschichtlichkeit, andererseits aber etwas, das der Geschichte irgendwie enthoben, zeitlos gültig ist.

Wie wenig aber Europa zeitlos gültig ist, zeigt die Frage unseres Mitglieds Renate Ohr: „Ist die Anziehungskraft der EU in Gefahr? Renate Ohr studierte ab 1971 an der Universität Mainz Volkswirtschaft und Jura. Nach der Promotion in Essen und der Habilitation in Bochum war sie als Professorin an den Universitäten Kiel und Hohenheim tätig. Von 2000 bis 2016 war Renate Ohr Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Göttingen; sie war bis 2009 dort außerdem Direktorin des Centrums für Europa-, Governance- und Entwicklungsforschung. Frau Professorin Ohrs Forschungsschwerpunkte sind die europäische Integration, der Binnenmarkt, die Osterweiterung, der Euro und der Brexit, währungstheoretische und währungspolitische Themen sowie Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften. In jüngerer Zeit wurde an ihrem Lehrstuhl der EU-Integrationsindex entwickelt, mit dem erstmalig das unterschiedliche Maß der Integration der einzelnen EU-Länder mit ihren Partnerländern in der EU erfasst werden kann. Frau Ohr ist eine engagierte, bisweilen streitbare Wirtschaftswissenschaftlerin. 1992 war sie die Initiatorin eines Manifestes von 62 Professorinnen und Professoren gegen den Vertrag von Maastricht, 1998 Mitinitiatorin des Manifests von mehr als 160 Professorinnen und Professoren gegen eine zu frühe Einführung des Euro. Vor allem dieses Engagement hat sie über die Wissenschaft hinaus bekannt gemacht. Immer wieder hat sie ihre Position in der Presse, im Fernsehen, im Rundfunk erläutert und vertreten. Liebe Frau Ohr, wir freuen uns auf Ihren Vortrag.

Vortrag „Ist die Anziehungskraft der EU in Gefahr?“

Prof. Dr. Renate Ohr: Sehr geehrte Frau Landtagsvizepräsidentin Emmerich-Kopatsch, lieber Herr Gardt, vielen Dank für die Einladung und die freundliche Einführung! Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, heute vor Ihnen sprechen zu können. Mehr denn je ist die Integration Europas ein spannendes und wichtiges Thema. Angesichts aktueller Entwicklungen, wie dem nahenden und möglicherweise auch noch ungeordneten Brexit, den populistischen und zum Teil europafeindlichen Strömungen in vielen Ländern, der mangelnden innereuropäischen Solidarität im Umgang mit der Zuwanderungsfrage, der Beschränkung basisdemokratischer Werte wie Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen oder den aktuellen Konflikten der neuen italienischen Regierung mit Brüssel um die Höhe der Staatsverschuldung, wird mittlerweile immer öfter auch von einem drohenden Auseinanderbrechen der EU gewarnt. Daher mein heutiges Thema, ob die Anziehungskraft der EU in Gefahr ist. Dabei geht es mir weniger darum, inwieweit die EU noch attraktiv für neue Mitglieder ist, sondern vielmehr darum, ob die EU noch genügend Kräfte mobilisieren kann, um die vorhandenen Mitglieder auch in Krisensituationen weiter in der Gemeinschaft zu halten.

Vor diesem Hintergrund werde ich mich in diesem Vortrag mit den Fragen beschäftigen, was den Wert der Mitgliedschaft in der EU bestimmt, warum separatistische Tendenzen zunehmen könnten und wie weitere Rückschritte im Integrationsprozess aufgehalten werden können und sollten.

Generell können gesellschaftliche, politische und ökonomische Werte der europäischen Integration unterschieden werden oder auch materielle von immaterielle Werten. Betrachtet man die ursprünglichen Triebkräfte des europäischen Integrationsprozesses zu Beginn der 1950er-Jahre, so waren es vor allem die aus der Nachkriegszeit motivierten Wünsche nach Sicherheit und Frieden in Europa, nach der Wiedererlangung grenzüberschreitender Mobilität und nach intensiveren innereuropäischen Wirtschaftsverflechtungen - woraus insgesamt mehr Wachstum und Wohlstand erwartet wurde. Aber es waren auch die Vision einer euro-

päischen Werte- und Solidargemeinschaft sowie die Hoffnung auf eine Wiedererlangung politischer Bedeutung im globalen Rahmen. Der Weg zur Erreichung dieser Ziele wurde dabei aber zunächst primär in der wirtschaftlichen Integration der beteiligten Volkswirtschaften gesehen.

In diesem Vortrag werde ich mich daher im Wesentlichen auf die ökonomischen und damit auf materielle Dimensionen beziehen, aber nicht zuletzt auch deswegen, weil ja gerade die materiellen, ökonomischen Effekte eines solchen Integrationsprojektes wie der EU auch die Grundlage sind für viele gesellschaftliche und politische Entwicklungen und die Erreichung immaterieller Ziele wie Frieden und Sicherheit. Volkswirtschaften, die sehr intensiv ökonomisch verflochten sind, sind eher bereit und interessiert, auch politisch einen gemeinsamen Weg zu verfolgen. Insbesondere das Erreichen eines über 70-jährigen Friedens in Europa ist eng an die wirtschaftliche Integration geknüpft: zum einen wegen des mit ihr verbundenen wirtschaftlichen Wohlfahrtszuwachses, zum anderen weil sie auch ein gewisses Maß an gemeinsamer Verrechtlichung beinhaltet und benötigt, die nicht allein auf moralischer Selbstbindung aufbaut, sondern auf ganz materiellen ökonomischen Interessen der Mitgliedsländer.

Ökonomische Integration hat dabei prinzipiell zwei mögliche Dimensionen: So entstehen zum einen wirtschaftliche Integrationsräume über Fortschritte im freien Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital), also über eine verstärkte Verflechtung der Märkte (Marktintegration). Zum anderen kann Integration aber auch durch Fortschritte in der grenzüberschreitenden Abstimmung, Harmonisierung und Vereinheitlichung institutioneller Rahmenbedingungen geprägt sein, die bis zur gemeinsamen zentralen Gestaltung von Politikbereichen gehen können (institutionelle Integration). Während Marktintegration vor allem durch Marktöffnung, Marktliberalisierung und Deregulierung, also durch den Abbau von Handelsschranken, Mobilitätshemmnissen und Informationsunsicherheiten charakterisiert ist, zielt die institutionelle Integration auf verstärkte Zentralisierung und gemeinsame Regulierung.

Die Anziehungskraft einer regionalen Integration ist dabei entscheidend abhängig von der Art der Integration (also Marktintegration versus Institutionelle Integration), aber auch von der Zusammensetzung des Integrationsraums, d. h. von der Interessenlage, der Finanzlage und den Präferenzen der anderen Teilnehmer. Die Marktintegration ermöglicht u. a. Wohlfahrtsgewinne aus einer intensivierten internationalen Arbeitsteilung, einem erleichterten Zugang zu internationalem Kapital, einer verbesserten Allokation der Produktionsfaktoren und einer größeren Produktvielfalt für die Verbraucher. Sie ermöglicht eine individuelle Aktivierung grenzüberschreitender wirtschaftlicher Aktivitäten. Diese Form der Integration wird daher auch von den europäischen Bürgern sehr positiv aufgenommen, da sie vom Prinzip her keine Zwänge auferlegt, sondern den Bürgern neue Spielräume eröffnet. Es erfolgt ein Prozess der Verflechtung und des Zusammenwachsens der Volkswirtschaften auf freiwilliger Basis quasi „von unten“. Diese Vorteile aus einem gemeinsamen Markt (Binnenmarkt) sind zudem weitgehend durch positive Externalitäten gekennzeichnet, d. h., sie erhöhen sich durch jedes weitere Mitgliedsland: Je mehr Länder sich etwa an einer Freihandelszone beteiligen, umso größer sind die daraus resultierenden Freihandelsgewinne für jedes einzelne Mitgliedsland. Auch mögliche Handelserleichterungen aus der Einsparung von Transaktionskosten bei einer gemeinsamen Währung sind für jedes beteiligte Land umso größer, je mehr Mitglieder die Währungsgemeinschaft hat.

Im Gegensatz dazu steht die institutionelle oder politische Integration: Im Mittelpunkt stehen hier eine Vergemeinschaftung institutioneller Regelungen und Politiken zur Abstimmung, Harmonisierung und Vereinheitlichung wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen, also z. B. die Etablierung einer gemeinsamen Zentralbank. Es ist ein politisch „von oben“ angestrebtes Verbinden von Wirtschaftsräumen durch ein gemeinsames Eingliedern unter zentrale, supra-nationale Institutionen. Auch von der institutionellen Integration in Form gemeinsamer Regulierungen werden oft positive Wohlfahrtseffekte erwartet, insbesondere wenn hierdurch Transaktionskosten und Unsicherheiten gesenkt werden oder wenn grenzüberschreitende externe Effekte nationaler Politiken vorliegen. Allerdings muss hier immer überprüft werden, inwieweit eine zentrale, länderübergreifende Politik wirklich den nationalen Steuerungslösungen überlegen ist. Je mehr supra-national harmonisiert und interveniert wird, umso weniger kann auf regionale und nationale Besonderheiten reagiert werden, was eine gegebenenfalls notwendige nationale Anpassungsflexibilität behindert. Generell sollte daher das Subsidiaritätsprinzip gelten, d. h. Entscheidungskompetenzen sollten stets auf möglichst niedriger Ebene angesiedelt werden. So betont auch der Vertrag von Lissabon Artikel 5, Abs. 3 des Vertrags über die Europäische Union, dass die Europäische Union nur dann tätig werden sollte, wenn nachgewiesenermaßen auf dieser zentralen Ebene bessere Ergebnisse erzielt werden können als auf nationaler Ebene.

Auch der EU-Binnenmarkt erfordert natürlich ein gewisses Maß an institutionellen Regelungen, etwa für Verbraucherschutz und Wettbewerbsschutz. Bei der Währungsunion aber ist die gemeinsame zentrale Politikgestaltung kein „Beiwerk“, sondern steht absolut im Vordergrund, auch wenn sie oftmals damit begründet wird, erst der Wegfall der verschiedenen Währungen würde den Binnenmarkt komplettieren und optimiere daher auch die Marktintegration. Betrachtet man aber die Handels- und Dienstleistungsströme zwischen den Euro-Partnern, so ist festzustellen, dass der Handel seit der Einführung des Euro zwar zugenommen hat, der Handel mit Nicht-Euro-Ländern innerhalb und außerhalb Europas jedoch deutlich stärker gewachsen ist. Entscheidend für europäische Handelsaktivitäten ist somit nicht der Wegfall von Wechselkursrisiken und Umtauschkosten, sondern die Existenz aufnahmefähiger und wachsender Märkte, die aber mittlerweile weniger im Kerneuropa oder gar in der Eurozone liegen, sondern in der östlichen Peripherie und in nichteuropäischen Regionen. Generell funktioniert der Binnenmarkt auch mit EU-Ländern, die nicht der Eurozone angehören, genauso gut wie zwischen den Euro-Partnern.

Aus der Mitgliedschaft im EU-Integrationsraum ergeben sich jedoch noch weitere ökonomische Vorteile durch die gemeinsame Außenhandelspolitik gegenüber Drittländern, die den Binnenmarkt nach außen absichert. Generell ist ein Land als Mitglied einer größeren Gemeinschaft in globalen Verhandlungen besser vertreten. Nicht zuletzt ist die eigene Mitgliedschaft in einem Integrationsraum dann vorteilhaft, wenn dieser schon sehr groß ist, sodass Entscheidungen der Integrationsgemeinschaft die „Outsider“ sowieso mit betreffen, ohne dass diese aber selbst Einfluss auf die Entscheidungen nehmen könnten.

Trotzdem gibt es eine gewisse Ambivalenz der Vorteile einer EU-Mitgliedschaft: Die Anziehungskraft der EU resultierte zunächst primär aus dem Angebot der Teilnahme am gemeinsamen Markt ohne Zollbarrieren. Mittlerweile nimmt in der EU allerdings neben der Marktintegration auch die institutionelle Integration einen großen Raum ein. Nicht in allen Bereichen der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Regional- und Strukturpolitik, der Währungspolitik oder der Verbraucherpolitik wird aber das Prinzip der Subsidiarität stringent verfolgt. Zudem bewirkt die mittlerweile große Heterogenität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Inte-

ressen in der EU bei allen EU-weit getroffenen Vereinbarungen hohe sogenannte Entscheidungskosten. Diese können zwei alternative Formen annehmen: So kann die Mehrheit der Mitgliedsländer eine dann für alle geltende Entscheidung treffen, die nicht den Präferenzen der Minderheit entspricht. Den überstimmten Mitgliedern entstehen dann die sogenannten Kosten der Entscheidungsduldung. Umgekehrt können jedoch auch Kosten dadurch entstehen, dass eine Entscheidung, die der Mehrheit der Mitgliedsländer nützen würde, durch ein Veto eines oder mehrerer Teilnehmerstaaten unterbleibt. Sowohl bei Mehrheitsbeschlüssen als auch bei Entscheidungen, die Einstimmigkeit erfordern, entstehen also in der Regel jeweils für einen Teil der EU-Staaten Kosten. Hinzu kommen noch die Entscheidungsfindungskosten selbst, d. h. all jene Transaktionskosten, die damit verbunden sind, überhaupt zu einem gemeinschaftlich akzeptierten Ergebnis zu gelangen (z. B. aufgewendete Zeit für Verhandlungen oder Zugeständnisse in anderen Bereichen, um die Zustimmung eines Landes zu erhalten). Auch diese Kosten sind umso höher, je größer und heterogener die EU ist. Sie sind aber auch davon abhängig, wie viele Entscheidungen getroffen werden müssen, und dies hängt eben auch von der Integrationstiefe ab: Bei institutioneller Integration muss viel mehr gemeinsam geregelt werden als bei reiner Marktintegration.

Die Anziehungskraft der EU kann sich somit zum einen mit der Größe der Gemeinschaft ändern, wobei mit steigender Mitgliederzahl zwar viele Vorteile aus dem Binnenmarkt zunehmen, aber auch die Entscheidungskosten steigen. Zum anderen hängt die Anziehungskraft negativ vom Grad der Heterogenität der Teilnehmer ab und von der Anzahl solcher Entscheidungen, bei denen die Mitglieder sehr unterschiedliche Präferenzen haben. Je intensiver die Beziehungen werden sollen, umso mehr muss gemeinsam entschieden werden und umso wichtiger ist eine gewisse Homogenität der wirtschaftlichen Strukturen und Präferenzen der beteiligten Länder, was für eine kleinere Gemeinschaft spricht. Es besteht somit ein Trade-off, eine gegenläufige Beeinflussung der Vorteile aus einer Erweiterung und einer Vertiefung der Gemeinschaft. Die Wechselbeziehung besteht zwischen den (vor allem ökonomischen) Vorteilen einer großen Gemeinschaft und den (vor allem politischen) Kosten der Heterogenität in einer solchen großen Gemeinschaft. Für politische Stabilität ist die optimale Gemeinschaftsgröße kleiner als für wirtschaftliche Effizienz. Wirtschaftlich effiziente Integrationsräume sind größer, hierdurch in sich heterogener und somit politisch instabiler. Das Problem ist, dass seit Anfang dieses Jahrtausends nach den früheren getrennten Phasen von Erweiterung oder Vertiefung die EU begonnen hat, Vertiefung und Erweiterung parallel zu verstärken: Osterweiterung und Währungsunion, immer größer, immer enger.

Zurück zur Anziehungskraft der EU: Sie ist unabhängig vom bisher Gesagten bei kleinen Ländern tendenziell stärker als bei größeren Ländern, da sie einen kleineren eigenen Binnenmarkt besitzen und damit einen begrenzteren Zugang zu Kapital, Arbeitskräften und Humankapital haben, und auch zur Möglichkeit, durch den Absatz im eigenen Land Massenproduktionsvorteile zu realisieren. Hierdurch sind sie stärker auf Offenheit und freie internationale Wirtschaftsbeziehungen angewiesen. Zugleich ist ihre eigene wirtschaftliche und politische Macht gering, so dass sie durch die Mitgliedschaft in der EU auch einen gewissen Einfluss auf EU-Entscheidungen haben, von denen sie als (kleine) „Outsider“ sonst auch mit betroffen wären. Schließlich wird als EU-Mitglied auch ihre Position gegenüber Drittländern verstärkt.

Hat ein Land dagegen auch intensive wirtschaftliche Beziehungen zu Drittländern, so hat der EU-Binnenmarkt eine etwas geringere Bedeutung als in Ländern, die unabhängig von einer Mitgliedschaft schon stark auf den EU-Raum fokussiert sind. Und ist die ordnungspolitische

Grundhaltung eher liberal als interventionistisch, so besteht zwar prinzipiell großes Interesse an einer Teilnahme am Binnenmarkt, aber weniger an den vielfältigen gemeinsamen Regulierungen und der zentralen Gestaltung von Politikbereichen. Schließlich ist die Anziehungskraft naturgemäß bei potenziellen Nettoempfängern größer als bei Nettozahlern.

Werfen wir in diesem Zusammenhang einen kurzen Blick auf das aktuelle Eurobarometer, die seit über 40 Jahren in regelmäßigen Abständen von der EU-Kommission in Auftrag gegebene öffentliche Meinungsumfrage in den Ländern der EU. Ich möchte hier eine Frage herausgreifen, die etwas über die Einschätzung der Bürger im Hinblick auf die Integrationsdimensionen preisgibt. Die Frage lautet: Was sind die beiden positivsten Errungenschaften der EU? - Mit großem Abstand (58 %) sprechen sich die Befragten für den „freien Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU“, also den Binnenmarkt, aus. Knapp dahinter (54 %) wird der „Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU“ genannt. Mit großem Abstand (24 %) folgt sodann „Studentenaustauschprogramme wie Erasmus“. Auf gleicher Höhe, auch mit 24 % (im Vergleich zu 58 % beim Binnenmarkt), kommt der Euro. Knapp dahinter (21 %) folgen „die Wirtschaftskraft der EU“ und „der politische und diplomatische Einfluss der EU im Rest der Welt“ sowie „das Niveau der Sozialleistungen in der EU“ (18 %) und weiter abgeschlagen „die gemeinsame Agrarpolitik“ (10 %). Es zeigt sich also, dass in den Einschätzungen der Bürger die Marktintegration und Öffnung (Binnenmarkt, Austauschprogramme) weit positiver gesehen werden als die institutionelle/politische Integration in Form des Euro oder der europäischen Agrarpolitik.

Besteht nun die Gefahr, dass separatistische Tendenzen zunehmen? - Wie schon erwähnt, besteht ein eindeutiger Trade-off zwischen den Vorteilen einer großen Integrationsgemeinschaft und den Kosten der Heterogenität in einer solchen großen Gemeinschaft. Eine große Gemeinschaft kann die Kosten der Erstellung der Gemeinschaftsgüter auf viele Steuerzahler verteilen, aber eine große Gemeinschaft hat auch eine sehr heterogene Bevölkerung und Wirtschaftsstruktur, die schwer durch einheitliche politische Entscheidungen zu befriedigen ist, wodurch sie instabiler wird. Begründet wird diese Instabilität u. a. auch damit, dass ein großer Integrationsraum auch Transferzahlungen oder andere Ausgleichsmechanismen bzw. Kompensationen zwischen den Regionen benötigt, da die Unterschiede in den Präferenzen bezüglich der gemeinschaftlichen Politiken und institutionellen Vorgaben zu einer ungleichen Verteilung der Wohlfahrtseffekte der zentral gesteuerten Politik führen können. Gelingt es jedoch nicht, diese Transfers politisch durchzusetzen, so kann es für jene Regionen/Länder, die sich in ihren Präferenzen stark von den anderen unterscheiden, sinnvoll sein, sich zu separieren. Auch in der EU besteht das Problem, zufriedenstellende Kompensationsvereinbarungen für unterschiedlich hohe Vorteile aus dem jeweiligen Integrationsprojekt (z. B. Binnenmarkt oder Währungsunion) zu vereinbaren. Durch die sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Strukturen und Präferenzen gibt es einerseits Vorteile des Zusammenschlusses (Öffnung und Marktintegration) und andererseits die Nachteile eines Verlusts an unabhängiger Politikgestaltung.

In der heutigen globalisierten Welt beschränken die nationalen Grenzen die Beschaffungs- und Absatzmärkte allerdings nicht mehr so stark wie früher. Durch die globale Liberalisierung stehen somit eine Reihe der Handelsvorteile, die früher nur in einer Integrationsgemeinschaft erzielt werden konnten, mittlerweile auch weltweit zur Verfügung. Wenn die Marktintegration also zunehmend global wird, sind die sonstigen (institutionellen) Integrationsbereiche entscheidend für die Anziehungskraft einer regionalen Integrationsgemeinschaft. Wenn von dem einen oder anderen Land aber hier mehr Kosten als Nutzen gesehen werden, kann die

Mitgliedschaft im regionalen Integrationsraum zunehmend an Attraktivität verlieren. Nicht zuletzt steigt die Wahrscheinlichkeit zur Abspaltung, wenn das Einkommens- bzw. Wohlstandsgefälle (also die Ungleichheit) innerhalb einer Gemeinschaft steigt. So setzen die in der EU vorgegebenen Umverteilungsmechanismen einerseits starke Beitrittsanreize für ärmere Kandidaten, andererseits führen sie zu steigenden Umverteilungslasten bei den Nettozahlern.

Aus Sicht Großbritanniens gibt es derzeit eine Reihe von Gründen, die eine überdurchschnittlich skeptische Haltung gegenüber der EU-Mitgliedschaft erklären könnten: Zwar geht die Marktintegration in der EU immer noch weit über die globale Handelsliberalisierung hinaus, so dass die Mitgliedschaft in der Integrationsgemeinschaft grundsätzlich zusätzliche Handelsvorteile bietet. Doch weist Großbritannien seit 2008 ein stark wachsendes Leistungsbilanzdefizit gegenüber dem Rest der EU auf, wodurch die positive Sichtweise dieser Handelsintegration geschmälert werden kann. Zudem werden gerade von den Briten viele EU-Regulierungen als nicht notwendig für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes und damit als (unnötige) Kosten der Mitgliedschaft angesehen. Eine zunehmende Rückbesinnung auf das Subsidiaritätsprinzip und seine tatsächliche Umsetzung in Form eines Rückflusses an Macht von Brüssel zu den Nationalstaaten war daher ein wesentliches Anliegen. Entsprechend wird das Ziel einer „immer engeren Union“ kritisch gesehen, insbesondere da es von manchen Politikern in der EU als Weg zu einer politischen Union interpretiert wird.

Würde es nur wie der Wortlaut der Präambel des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) eigentlich vorgibt um einen „immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker“ gehen, also um eine engere Verbindung der europäischen Bürger, ohne gemeinsames Staatswesen, sondern mit weiterhin führender Rolle der Nationalstaaten, so wäre die Haltung vermutlich positiver. Hinzu kommt, dass mittlerweile durch die geänderten Abstimmungsmodalitäten im Vertrag von Lissabon die Eurozone bei Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit die (notwendige) doppelte Mehrheit erreichen kann, wenn ihre Mitglieder mit einer Stimme sprechen. Vor dem Hintergrund der Turbulenzen in der Eurozone könnte es daher aus britischer Sicht nicht ungefährlich sein, wenn die Eurozone mittlerweile durch ihre Stimmenmehrheit wesentliche Entscheidungen für die EU als Ganzes treffen könnte.

Ein besonders häufig diskutiertes Thema ist zudem der angebliche Sozialtourismus durch die im Europäischen Binnenmarkt ermöglichte Freizügigkeit, obwohl es mittlerweile einige Studien gibt, die belegen, dass gerade die Zuwanderer aus den europäischen Partnerländern der britischen Wirtschaft insgesamt mehr Vorteile als Nachteile gebracht haben und bringen. Neuere Studien belegen stattdessen, dass das Brexit-Votum nur in sehr geringem Maße bzw. gar nicht durch konkrete negative Folgen der Arbeitsmigration aus Osteuropa bedingt ist. Stattdessen sind es eher unspezifische Ängste vor Überfremdung und Kontrollverlust. Die Ablehnung gegenüber der EU war vor allem bei Wählern mit einem geringen Bildungsniveau unabhängig von Alter und politischer Orientierung festzustellen. Die EU wurde als Elitenprojekt angesehen, die „Europäisierung“ Großbritanniens pauschal als Gefahr für die soziale Sicherheit und nationale Identität betrachtet. Die Vorteile der EU-Integration konnten also nicht an die Masse der weniger gebildeten Wähler herangetragen werden. Die Gemeinschaft wird nicht als Schutz, sondern als Bedrohung angesehen. Diese Tendenz ist allerdings leider nicht nur in Großbritannien zu finden, sondern auch bei den rechts- und zum Teil linkspopulistischen Bewegungen in anderen Ländern (aktuell etwa Italien). Manchmal wird dies auch durch die Politik unterstützt, indem selbst verursachte wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen auf „die Zwänge aus Brüssel“ geschoben werden.

Bei der Frage, wie es künftig weitergehen soll, zeigen sich nach wie vor deutliche „Spannungslinien“ zwischen den Mitgliedsstaaten. Die Reform der Asyl- und Grenzschutzpolitik hakt, die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion ist durch anhaltende Gegensätze zwischen den Befürwortern einer Fiskalunion und jenen einer Stabilitätsunion geprägt. Im Bereich der Sozialpolitik befürchten einige Mitgliedsstaaten, dass höhere gemeinsame Sozialstandards ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen könnten, während andere Sorge haben, dass die eigenen Sozialstandards durch Zuwanderung ausgehöhlt werden. Auch in der Verteidigungspolitik gibt es unterschiedliche Vorstellungen, etwa über die Fragen, welche Bedeutung die NATO künftig für die europäische Sicherheitspolitik haben soll oder welche Haltung gegenüber Russland einzunehmen sei. Wirtschaftlich haben wir zwar eine Ost-West-Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen, aber mittlerweile eine Nord-Süd-Divergenz, die in nicht unwesentlichem Maße durch die Währungsintegration bewirkt wurde. Und die Konvergenz der Wirtschaftskraft ist ja erklärtes Ziel der EU!

Vor dem Hintergrund der schon erreichten hohen Integration in vielen Bereichen, des sehr gut funktionierenden und weltweit einmaligen Binnenmarktes, einer gemeinsamen Währung, die trotz aller Krisen zumindest im Außenwert stabil ist, einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und einer zumindest in den Eurokrisen gezeigten *gewissen* Solidarität, sollte man daher derzeit eher versuchen, das Erreichte zu bewahren als weiterhin institutionelle Integrationsfortschritte zu forcieren, die von den Bürgern und den Ländern insgesamt nicht überall nachvollzogen werden. Oder wie es der frühere Bundesaußenminister Klaus Kinkel schon vor mehr als 25 Jahren vor der 47. UN-Generalversammlung am 23. September 1992 formulierte: „Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.“

Was kann/muss nun getan werden, damit der EU keine Zerreißprobe droht? Zum einen müssen die Werte und die Errungenschaften der EU stärker verdeutlicht und kommuniziert werden. Zu erhalten, was bisher erreicht wurde, muss vordringlichstes Ziel sein. Der Versuch, Krisen, die durch unterschiedliche Präferenzen und unterschiedliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen bedingt sind, durch „weiter so“ oder „noch mehr Europa“ bewältigen zu wollen, überfordert dagegen die heterogene Gemeinschaft auf Dauer. Die Anziehungskraft der EU geht vor allem vom Europäischen Binnenmarkt aus. Dieser hatte dazu geführt, dass in den 1970er-Jahren auch Großbritannien beigetreten war, und hat auch zur Osterweiterung der EU geführt, die politisch einen sehr hohen Wert hat. Die gemeinsame Währung ist dagegen nicht die Hauptanziehungskraft, und sie wird nur dann nicht sogar ein Sprengsatz sein, wenn sich die beteiligten Länder an die vertraglich vereinbarten Regeln halten und den einzelnen Ländern nicht die Verantwortung für eigene strukturelle Reformen abgenommen wird. Eine Fiskalunion würde die fiskalische Disziplin und die Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenländern eher wieder verringern, da der Druck auf strukturelle Anpassungen sinkt. Das heißt, Reformen in der Währungsunion sollten nicht vor allem auf Risikoteilung setzen, sondern stärker auf eine Verminderung der noch bestehenden Risiken. Für die Gemeinschaft ist es wichtig, dass kein (weiteres) Land aus der EU ausscheidet. Falls ein Euroland wieder seine eigene Währung einführen würde, würde dies jedoch nicht automatisch ein Scheitern der EU bedeuten.

Insgesamt darf die Integrationsbereitschaft nicht überschätzt und nicht überfordert werden. Das heißt, es braucht in der EU-Politik eine Konzentration auf Kernkompetenzen nach Maßgabe der Subsidiarität. Dies bedeutet „mehr Europa im Großen“ (Sicherung des freien Bin-

nenmarktes, der Außengrenzen, Einigkeit in der Asylpolitik, gemeinsame Sicherheits- und Umweltpolitik) und „weniger Europa im Kleinen“ (in nationaler Hand verbleiben sollen z. B. Steuerpolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik; kein europäischer Finanzausgleich). Mit mehr Integrationsflexibilität das Weißbuch zur Zukunft Europas nennt ja einige Alternativen, wie etwa „Koalition der Willigen“ und mehr Konzentration auf die Marktintegration statt der institutionellen Integration könnte die Europäische Union wieder stabilisiert werden und verhindert werden, dass der Brexit letztlich einen EU-Exit einleitet. Wenn die EU darüber hinaus ein deutlicheres Interesse am Erhalt der Mitgliedschaft Großbritanniens zeigen würde und dafür auch zu Kompromissen bereit wäre, könnte vielleicht sogar der Brexit noch verhindert werden. Dies wäre im Interesse ganz Europas!

Aussprache

Prof. Dr. Christian Starck: Sie haben Gründe dafür genannt, warum der Euro nicht unbedingt die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Integration ist. Dies scheint mir sehr wichtig zu sein. Es ist klar, nicht alle Länder der Europäischen Union haben den Euro - die skandinavischen Länder Dänemark und Schweden, Großbritannien. Wenn man das „Gebaren“ der Italiener - und auch das der Griechen vor einigen Jahren - betrachtet, kann man zu der Auffassung gelangen, dass der Euro zu einer echten Belastung für die Europäische Union zu werden scheint. Man kann noch gar nicht ganz überblicken, welche weiteren Schwächen bezüglich des Euros es gibt. Was denken Sie darüber, den Euro entweder komplett abzuschaffen oder zumindest in einzelnen Ländern, die mit dem Euro nicht zurechtkommen, weil sie abwerten müssten? Wenn die Italiener und die Griechen abwerten könnten, wäre das ganze Problem entschärft. Wie betrachten Sie einen Austritt aus dem Euro bei einem gleichzeitigen Verbleiben in der Europäischen Union in ökonomischer und finanzwirtschaftlicher Hinsicht?

Prof. Dr. Renate Ohr: Wie bereits erwähnt, war ich in den 1990er-Jahren der Auffassung, die Einführung des Euro erfolge zu früh. Nun haben wir aber bereits seit etwa 20 Jahren den Euro, und ihn insgesamt abzuschaffen, halte ich nicht für angezeigt. Wir haben diese gemeinsame Währung geschaffen, und jetzt müssen wir auch sehen, dass sie irgendwie funktioniert. Es stellt sich aber die Frage, ob der Euro wirklich für alle Länder, die sich gegenwärtig in der Eurozone befinden, die richtige Währung ist. Für das eine oder andere Land könnte ein Austritt durchaus sinnvoll sein. Natürlich wäre eine Rückführung zu einer eigenen Währung nicht unproblematisch. Die eigene Währung würde zunächst einmal drastisch abwerten. Eine derartige Abwertung führt längerfristig zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz, aber zunächst einmal hat das Land Schulden in Euro, die es mit seiner abgewerteten Währung zurückzahlen muss. Wenn es sich dabei um ein großes Land wie Italien handelt, kann das die gesamte Eurozone ins Wanken bringen. Diese Befürchtung wird dazu führen, dass ein Austritt Italiens um jeden Preis verhindert werden wird. Dem könnte man natürlich entgegenwirken, indem man die Bedienung der Schulden in Euro zunächst einmal hinausschiebt, bis sich die Lira wieder gefangen hätte. Sie würde ja nicht auf Dauer ins Bodenlose fallen, sondern sich irgendwann wieder erholen. Ein Austritt wäre demnach machbar, und er könnte für manche Länder, denen es nicht gelingt, ihre mangelnde Produktivität - in Italien sinkt die Produktivität bereits seit über 20 Jahren - in den Griff zu bekommen, unter Umständen sinnvoll sein, um wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Abg. Dr. Dörte Liebetruth: Für Politiker ist die Frage besonders zentral, wie wir die Anziehungskraft der Europäischen Union für die Bürgerinnen und Bürger wieder erhöhen können.

Ich möchte auf ihre Ausführungen zum Eurobarometer eingehen: Unter den positiven Errungenschaften wurden auf Platz 3 „studentische Austauschprogramme wie Erasmus“ genannt. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass 75 % der 18- bis 24-jährigen Briten für den Verbleib in der Europäischen Union gestimmt haben. Das ist die Generation, die in erster Linie von Austauschprogrammen wie Erasmus profitiert. Im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten des Niedersächsischen Landtages wird in Kürze eine öffentliche Anhörung zu einem Antrag stattfinden, der sich mit genau dieser Thematik befasst. Wenn junge Menschen an Austauschprogrammen teilnehmen und Europa dadurch für sie erfahrbar ist und nicht nur etwas Diffuses, das mit Globalisierung zu tun hat und von dem man nicht genau weiß, wie man davon profitieren kann, könnte das ein Weg sein, die Anziehungskraft zu erhöhen. Dabei geht es nicht nur um eine erhöhte Zustimmung für die Europäische Union, sondern es geht auch um unsere europäische Demokratie. Deshalb muss unsere Fragestellung lauten: Wie schaffen wir es, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu Gewinnern der Globalisierung, der Europäisierung zu machen? Wie kann Ihrer Einschätzung nach die Anziehungskraft der EU für die Bürgerinnen und Bürger erhöht werden?

Prof. Dr. Renate Ohr: Wir sind uns wohl alle einig, dass diese Austauschprogramme etwas sehr Positives sind. Das Problem im Zusammenhang mit der Abstimmung für den Brexit war die Nicht-Informiertheit. Das heißt, man muss versuchen, die Informationsbasis über Europa zu verbessern. Wir haben alle gelesen, dass in London viele Menschen auf die Straße gegangen sind, um für eine neue Volksabstimmung zu plädieren. Nach meiner Einschätzung würden sich die von Ihnen angesprochenen jungen Leute an dieser neuen Volksabstimmung vermehrt beteiligen. Dies wäre durchaus relevant, denn es haben ja lediglich etwa 50 % der Briten abgestimmt. Wenn die jüngeren Leute vermehrt zu den Urnen gingen, würde das vielleicht schon für ein Votum gegen den Brexit reichen. Daher ist es auf jeden Fall wichtig, die Informiertheit aller Bürgerinnen und Bürger der EU zu erhöhen. Falls der Brexit kommt, ist es wichtig, den wissenschaftlichen Kontakt und die studentischen Austauschprogramme beizubehalten. Diesbezüglich wird bislang vonseiten der EU noch zu wenig geplant und eher die Meinung vertreten: Die Briten wollen weg, dann sollen sie halt gehen. - Nein, sie gehören zu uns, und sie sind ein ganz wichtiger Bestandteil der europäischen Integration. Man sollte auf allen Wegen versuchen, die Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien zu überzeugen, dass es sinnvoll ist, in der EU zu bleiben. Aber auch die anderen Länder müssen zeigen, dass Großbritannien ihnen am Herzen liegt.

Prof. Dr. Stefan Tangermann: Ich möchte gerne die Diskussion über Italien und die Währungsunion noch ein wenig zuspitzen. Falls Sie das Amt des italienischen Finanzministers innehätten: Würden Sie versuchen, Italien aus der Währungsunion herauszuführen? Falls ja: Wie würden Sie den Ausstieg gestalten, über eine Parallelwährung für eine gewisse Zeit oder mit einem abrupten Schnitt?

Prof. Dr. Renate Ohr: Diese Frage ist für mich sehr schwierig zu beantworten. Ich habe mich bewusst gegen den Beruf der Politikerin entschieden, da ich ihn für sehr schwierig halte. Als Wissenschaftler kann man leichter eine gewisse Position vertreten. Die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen ist das Problem der Politiker. Dabei bestehen für sie einige Zwänge. Sie können nicht einfach sagen: Das ist richtig, und deshalb wird es jetzt gemacht. - Für sinnvoll hielte ich es, wenn der italienische Finanzminister versuchen würde, seine Regierung davon zu überzeugen, einen etwas stabilitätsorientierteren Kurs zu fahren, um so in der Gemeinschaft bleiben zu können. Er sollte überlegen, woran es liegt, dass die Produktivität so gering ist. Was kann getan werden? Man kann Geld ausgeben, aber man muss darauf

achten, dass es nicht rein keynesianisch ausgegeben wird, einfach um die Nachfrage anzukurbeln. Es muss für Investitionen eingesetzt werden, die die Produktivität erhöhen, sodass das Land wieder zu Kräften kommt. Dies wäre sicherlich sinnvoll, aber ob man es bei der Regierungskonstellation in Italien durchsetzen kann, ist das Hauptproblem.

Dr. h. c. Wolfgang Schultze: Müssen wir uns bei der Betrachtung von Gründen für oder gegen die EU nicht auch auf die neue Machtverteilung in der Weltwirtschaft einstellen? Die an deutsche bzw. europäische Firmen gerichteten Drohungen des amerikanischen Präsidenten im Falle einer weiteren Zusammenarbeit mit dem Iran sind in diesem Zusammenhang ein sehr kräftiges Argument. Außerdem wissen wir noch nicht, wie sich die Wettbewerbskämpfe zwischen China und den USA entwickeln werden. Jüngst haben wir erlebt, dass man einfach unseren sehr wichtigen Wirtschaftsbereich, nämlich die Autoindustrie, mit Zöllen in Höhe von 25 % belegen will. Außerdem gab es die Stahlauseinandersetzung. Wir haben einen internationalen Wettbewerb, vor dem viele Menschen Angst haben. Ich glaube nicht, dass man dieses Problem mit „mehr Nationalstaat“ aus der Welt schaffen kann. Dies kann nur gelingen, indem wir eine eigene Stärke haben, die von den USA und anderen zu akzeptieren ist.

Prof. Dr. Renate Ohr: Der „Unsicherheitsfaktor Trump“ in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik macht deutlich, wie wichtig die Gemeinschaft in Europa ist. Es ist wichtig, dass wir weiterhin zusammenhalten. Ich fände es nur besser, wenn Europa nicht lediglich durch eine Außenbedrohung zusammengeschweißt wird, sondern durch gemeinschaftliche innere Werte. Die Gemeinschaft sollte stark sein, auch wenn wir einen amerikanischen Präsidenten haben, der keinen so großen Druck ausübt. Gegenwärtig wird manchen Bürgerinnen und Bürgern der EU allerdings schon klarer, was wir an Europa haben, wenn sie den Blick über den Atlantik richten.

Prof Dr. Klaus-Dirk Henke: Ich möchte auf die Transferunion in der EU zu sprechen kommen, die wir alle wohl emotional nicht wollen, die wir aber de facto haben. In welchen Bereichen sehen Sie eine Ausdehnung, und wo muss begrenzt werden? Im EU-Haushalt wird in den verschiedensten Bereichen wie etwa der Agrarpolitik eine Umverteilung betrieben. Sie haben darauf hingewiesen, dass eine Transferunion vielfach gar nicht zu stoppen sein wird. Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen: Wollen wir sie stoppen? Was ist der Weg, um aus dieser Transferunion wieder herauszukommen? Gibt es diesen Weg überhaupt noch?

Prof. Dr. Renate Ohr: Innerhalb Europas gibt es natürlich eine gewisse Umverteilung, es gibt Nettozahler und Nettoempfänger. Angesichts der Dimensionen in der EU ist dies jedoch nicht dramatisch; der EU-Haushalt macht weniger als 1 % des EU-Sozialproduktes aus. Das ist nicht viel; bei den Haushalten einzelner Länder geht es zuweilen um Größenordnungen von bis zu 40 %. Dass Deutschland als wirtschaftlich starkes Land Nettozahler ist, ist meiner Meinung nach auch angemessen und nicht dramatisch. Aber auch Italien ist z. B. Nettozahler, weil es relativ wenig aus dem Agrartopf bekommt. Die Frage ist aber: Wofür geben wir das Geld aus? - Muss es tatsächlich für die Agrarpolitik ausgegeben werden, oder für die regionalen Strukturfonds? Oder sollte man es nicht vielmehr für andere Dinge ausgeben, für mehr Investitionen über den Investitionsfonds oder vermehrt für die Außen- und Sicherheitspolitik? Gegenwärtig streiten sich die Geister angesichts der Frage: „Ist Europa eine Transferunion oder nicht?“ aber auch in Hinblick auf die Eurozone. Was der Ökonom Hans Werner Sinn anführt – die hohen Targetsalden zwischen den Zentralbanken der Eurozone –, ist nicht unbedingt eine große Gefahr. Solange die Eurozone nicht auseinanderbricht, sind diese

Kredite zwischen den nationalen Zentralbanken nicht so problematisch. Gegenwärtig kann man noch sagen: Wenn die Schulden zurückgezahlt werden, haben wir keine Transferunion. – Auch die übrigen Zahlungen, die im Zuge der Eurokrisen geflossen sind, sind ja keine Schenkungen gewesen, sondern es waren zumeist Kredite und Bürgschaften. Da kann man auch durchaus hoffen, dass es vielleicht nie dazu kommt, dass sie nicht zurückgezahlt werden. Problematischer würde es, ginge man zu einer Fiskalunion mit einem gemeinsamen Haushalt, einer gemeinsamen Einlagenversicherung, einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung u. ä. über.

Schlusswort

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch: Meine sehr geehrten Damen und Herren, sicher teilen Sie meine Meinung, dass wir auch in diesem Jahr wieder eine sehr anregende Vortragsveranstaltung mit der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen erleben konnten. Ich danke Ihnen herzlich, sehr verehrte Frau Professorin Ohr, für Ihren eindrucksvollen Vortrag, der uns sehr anschaulich deutlich gemacht hat, wie sorgsam mit dem europäischen Gedanken umgegangen werden muss. Er hat auch verdeutlicht, dass nichts selbstverständlich ist. Ich habe für mich mitgenommen, dass wir zwar über Marktintegration und institutionelle Integration nachdenken müssen, aber wir müssen auch die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Wir brauchen einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger, den die Politik ihnen auch nahebringen kann. Wir müssen es erreichen, eine emotionale Bindung zu Europa zu schaffen. Märkte alleine werden nicht dafür sorgen, die fragile Situation, die wir gerade haben, zu verbessern. Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen, um die Anziehungskraft, wie Sie es genannt haben, wieder stärken zu können. Unspezifischen Ängsten müssen wir mit vernünftigen Argumenten begegnen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Auf die Frage, was der einzelne Bürger davon hat, kann es nur die Antwort geben: das Versprechen auf eine bessere Zukunft. Das habe ich für mich aus Ihrem Vortrag gelernt. Wir werden die Herzen der Menschen nicht über schwierige und komplexe Zusammenhänge erreichen, sondern nur über das Versprechen, dass es allen irgendwann besser geht - den Kindern, den Enkeln - und dass wir gemeinsam in einem geeinten Europa leben. - Auch Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Gardt, und Ihnen, sehr verehrte Mitglieder der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, sowie allen Gästen gilt mein Dank dafür, dass Sie zu uns gekommen sind und sich mit so großem Engagement in die Aussprache eingebracht haben. Vor dem Hintergrund dieser lebhaften Diskussion werden wir jetzt so manchen Gedankenanstoß mitnehmen können.

*

Ort der Veranstaltung: Forum des Niedersächsischen Landtages (ehem. Georg-von-Cölln-Haus)

Dauer der Veranstaltung: 17.01 Uhr bis 18.33 Uhr

Niederschrift: Dr. Larissa Schütze, Stenografischer Dienst des Niedersächsischen Landtages
